



Darüber hinaus sorgte die Kritik der Bildungsministerin der Stadt Buenos Aires, Soledad Acuña (PRO), über die politische Einseitigkeit des Lehrmaterials sowie die Indoktrinierung vieler Lehrer für Unmut in Regierungskreisen. Der nationale Bildungsminister Nicolás Trotta (*Frente de Todos*) bezichtigte die Ministerin der Diskriminierung und Verallgemeinerung.

Allein in der Stadt Buenos Aires, die über eine vergleichsweise gute (digitale) Infrastruktur im Vergleich zu anderen Teilen des Landes verfügt, ist der Kontakt zu rund 6.500 Schüler vollständig abgebrochen. Für sie und all diejenigen, die Schwierigkeiten mit dem Lehrplan hatten, soll im Januar ausnahmsweise kostenloser Nachhilfeunterricht angeboten werden. Der Beginn des Schuljahres 2021 soll ebenfalls angesichts diesjährigen Unterrichtsausfalls auf den 21. Februar vorgezogen werden. Schüler der letzten Klassen der weiterführenden und Grundschulen in Buenos Aires kehrten im November schließlich in kleinen Gruppen und unter Berücksichtigung der Hygienevorschriften in die Schulen zurück. Sorgen bereiten den Experten nicht nur die Wissenslücken, sondern vor allem auch die psychologischen Folgen, die die monatelange Abschottung der Kinder und Jugendlichen mit sich brachte. PRO betreibt bereits seit Mitte des Jahres aktiv Kampagne für die Wiederöffnung der Schulen.

Das präsidentielle Dekret vom 30. November sieht unter anderem eine schrittweise Rückkehr zum regulären Unterricht landesweit vor. Ebenso beendet es, Gemeinden in den Provinzen Santa Cruz und Río Negro ausgenommen, die verpflichtende, vorbeugende soziale Isolierung (ASPO). Bis zum 20. Dezember gilt nun eine verpflichtende, vorbeugende soziale Distanzierung (DISPO). Versammlungen und Veranstaltungen sind seither unter Auflagen unter freiem Himmel möglich. Zudem können sich die Anwohner nun ohne triftigen Grund frei innerhalb der Städte bewegen. Der öffentliche Nahverkehr ist allerdings weiterhin den systemrelevanten Berufsgruppen, Lehrern, Schülern und Touristen vorbehalten, um eine Überlastung des Transportwesens vorzubeugen. Außerdem wird der Fernverkehr innerhalb des Landes und zu den Nachbarländern unter Berücksichtigung der neuen Hygienevorschriften wiederaufgenommen. Dabei ist jeder Gouverneur der einzelnen Provinzen für das Festlegen der Rahmenbedingungen verantwortlich. Die Gemeinden können zusätzliche Einschränkungen erlassen. Für die Einreise ist die meisten Provinzen ist ein negativer Coronatest sowie eine Einreisegenehmigung erforderlich.

Die Schattenseite der ASPO

Die verpflichtende, vorbeugende soziale Isolierung (ASPO), die am 30. November von der Nationalregierung gelockert wurde, trennte zahlreiche Familien für unbestimmte Zeit. Daher konnten viele Argentinier ihre sterbenskranken Angehörigen nicht verabschieden. Ferner ist neben dem Anstieg der häuslichen Gewalt in einigen Provinzen des Landes auch von Autoritätsmissbrauch, vor allem seitens der Sicherheitskräfte, während ASPO die Rede. So konnten die Anwohner der Provinz Formosa, die sich zum Beginn der Ausgangsbeschränkungen außerhalb ihres Wohnorts befanden, auf Anweisung des seit 1995 ununterbrochen regierenden Gouverneurs Gildo Insfrán über mehrere Monate hinweg nicht zu ihren Wohnsitzen zurückkehren. Grund hierfür war die Weigerung der Provinzregierung, den 7.500 Gestrandeten eine Einreisegenehmigung zu erteilen. Erst ein Urteil des Obersten Gerichtshofs kehrte die Situation unter Widerwillen um. Ähnlich verhält sich die Situation in der Provinz Santiago del Estero. Hier soll der Autoritätsmissbrauch der örtlichen Polizei unter anderem den Tod von Mauro Coronel und Franco Isorni hervorgerufen haben. Zuletzt sorgten die Bilder von der zwölfjährigen krebserkrankten Abigail Jiménez landesweit für Empörung: ihr war nach einer ärztlichen Behandlung in der Nachbarprovinz Tucumán der Eintritt in ihre Heimat mit dem Auto ihres Vaters verwehrt worden.

